

DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 15518
Dienstag, 12. Februar 2019

| | |
|--|----|
| Holzwerkzeuge: Drei Parlamentsfraktionen appellieren an Vernunft der SPÖ | 1 |
| Moosbrugger: Appell an Bundesrat - Holzwerkzeuge nicht abdrehen | 2 |
| Zulassung von Pflanzenschutzmitteln: Studien müssen veröffentlicht werden | 3 |
| Biolandwirtschaft und -lebensmittelabsatz setzen dynamische Entwicklung fort | 4 |
| Köstinger gibt Startschuss für die österreichische Wärmestrategie | 6 |
| EU-Parlamentarier kritisieren Ausnahmen für Neonicotinoide | 7 |
| Deutscher Agrarökonom Schmitz: Fleischverzicht rettet keinen Regenwald | 8 |
| EU-Kommission startet Online-Befragung zu Biodiesel aus Palmöl | 9 |
| Anteil erneuerbarer Energien hat sich 2017 in der EU auf 17,5% erhöht | 9 |
| Wechsel in der Chefredaktion der Österreichischen BauernZeitung | 10 |
| Kartoffelmarkt: Ware wird von Produzenten weiterhin kontinuierlich angeliefert | 11 |
| Gahr zur Wolfsproblematik: Europa muss Weichen für eine Lösung stellen | 12 |
| Oberösterreichischer Agrarpreis 2019 ausgeschrieben | 13 |
| Ukraine produzierte 2018/19 weniger Zucker | 14 |

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

Holzwerkzeuge: Drei Parlamentsfraktionen appellieren an Vernunft der SPÖ

Köstinger will heute noch einmal mit Sozialdemokraten Gespräche führen

Wien, 12. Februar 2019 (aiz.info). - Am kommenden Donnerstag wird im Bundesrat über eine Änderung des Ökostromgesetzes abgestimmt, die den Fortbestand von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK), die auf Basis von Biomasse arbeiten, sichern soll. Für die notwendige Zweidrittel-Mehrheit fehlt noch die Zustimmung der SPÖ. Daher haben heute Vertreter der drei Parlamentsfraktionen ÖVP, FPÖ und NEOS eindringlich an die SPÖ-Bundesräte appelliert, für die Ökostromnovelle zu stimmen, weil damit der Großteil der gefährdeten Holzwerkzeuge gerettet werden könnte. Wer Ökostrom abdrehe, der drehe Atomstrom auf, warnten sie. ÖVP-Klubobmann **August Wöginger** wies die Behauptung von SPÖ-Vertretern, es habe mit ihnen keine Gespräche gegeben und das geplante Gesetz wäre "intransparent", zurück. Bundesministerin **Elisabeth Köstinger** will heute noch einmal versuchen, die SPÖ zu einer Zustimmung zum Ökostromgesetz zu bewegen. * * * *

SPÖ von Anfang an eingebunden - Heute weitere Gespräche

"Seit zwei Monaten liegt der Entwurf für die Änderung des Ökostromgesetzes vor. Anfang Dezember 2018 wurde der gesamte Antrag der SPÖ übermittelt, und es hat inzwischen viele Gespräche mit den zuständigen Bereichssprechern gegeben. Am vergangenen Wochenende hat Bundesministerin Köstinger mit SPÖ-Vertretern gesprochen und auch heute Nachmittag wird es eine weitere Unterredung mit der Fraktionsvorsitzenden der SPÖ-Bundesräte, Inge Posch-Gruska, geben", berichtete Wöginger. Die SPÖ sei also von Anfang an eingebunden worden.

Auch die Aussage vonseiten der SPÖ, man würde mit der Zustimmung zu diesem Gesetz einen "Blankoscheck" unterschreiben, entbehre jeder Grundlage. "Es ist bekannt, dass es insgesamt um die Fördersumme von etwa 140 Mio. Euro geht, und dass die Nachfolgetarife für drei Jahre festgelegt werden sollen. Auch die Effizienzkriterien mit einem Wirkungsgrad von 60% sind seit Jahren bekannt. Der Entwurf für die Nachfolgetarifverordnung liegt ebenfalls seit Dezember vor. Wir haben überdies den Punkt Energiearmut in das Gesetz aufgenommen, so wie ihn auch die SPÖ gefordert hat", hielt Wöginger fest. ÖVP-Energiesprecher **Josef Lettenbichler** ergänzte, dass rund 90% der Biomasseanlagen die vorgesehenen Effizienzkriterien erfüllen würden.

Rosenkranz: Opfert SPÖ Arbeitsplätze auf dem Altar der Parteipolitik?

Sollte die SPÖ am kommenden Donnerstag tatsächlich das Ökostromgesetz blockieren, dann müsste man den Wählerinnen und Wählern klarmachen, "dass die SPÖ gegen die Sicherung von Arbeitsplätzen, gegen Unternehmen, gegen die Ökologisierung und gegen die Land- und Forstwirte gestimmt und diese wichtigen Anliegen am Altar der Parteipolitik geopfert hat", unterstrich der Klubobmann der FPÖ, **Walter Rosenkranz**. Er forderte die Bundesvorsitzende der SPÖ, **Pamela Rendi-Wagner**, auf, im Interesse des Landes ein Machtwort in ihrer Partei zu sprechen.

NEOS: Es geht um ganzheitliche Sicht

"Wir haben im Nationalrat für die Änderung des Ökostromgesetzes gestimmt, weil wir für Nachhaltigkeit und Ökologisierung sind und weil wir auch für eine vernünftige Lösung eintreten", erklärte der Energiesprecher der NEOS, **Josef Schellhorn**. Es wäre fatal, wenn die SPÖ als Oppositionspartei nun dieses Gesetz im Bundesrat zu Fall bringt, nur um gegen die Regierung zu stimmen. Es gehe hier nicht um Parteitaktik, sondern um eine ganzheitliche Sicht eines Problems, so Schellhorn. Kritische Oppositionspolitik sollte konstruktive Lösungen nicht ausschließen.

Wöginger wies abschließend darauf hin, dass auch die Grünen signalisiert hätten, im Bundesrat für die Novelle zu stimmen. Damit wären vier Fraktionen für das Gesetz und es liege nur mehr an der SPÖ, "ob für die gefährdeten 47 Biomasseanlagen eine Übergangslösung gefunden wird, oder ob Tausende Arbeitsplätze gefährdet werden und die Erzeugung klimafreundlicher Energie einen herben Rückschlag erleidet". Er habe nach wie vor die Hoffnung, "dass in der SPÖ Vernunft einkehrt und die Ökostromnovelle mit Zweidrittel-Mehrheit beschlossen werden kann", sagte Wöginger. (Schluss)

Moosbrugger: Appell an Bundesrat - Holzkraftwerke nicht abdrehen

Vorsicht: Energiepläne der Bundesländer nur mit Holzkraftwerken erfüllbar

Wien, 12. Februar 2019 (aiz.info). - "Wie viele Dürresommer, wie viele Überflutungen und wie viele Stürme müssen noch Millionenschäden verursachen, ehe der Ausstieg aus der Kohle- und Erdöl-Welt nicht nur gepredigt, sondern auch wirklich gegangen wird? Ein wirksamer Weg aus der fossilen Welt ist die Wärme- und Stromerzeugung aus Holz. Am kommenden Donnerstag hat der Bundesrat die Chance, eine Übergangslösung für die Holzkraftwerke zu beschließen, noch bevor die versprochene große Reform des Fördersystems mit dem neuen Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz wirksam werden kann. Ein Nein zu diesem Gesetz wirft uns nicht nur im Kampf gegen den Klimawandel zurück, wir öffnen auch dem Atomstrom Tür und Tor. Zusätzlich droht die Gefahr, die Klimaziele zu verfehlen, was Strafzahlungen bedeutet. Und schließlich würden durch ein Nein von Abgeordneten Arbeitsplätze und Wertschöpfung gerade in jenen Bundesländern vernichtet, von denen sie in den Bundesrat entsendet worden sind. Die bäuerliche Interessenvertretung richtet daher einen Appell an alle Mitglieder des Bundesrates, mit einem Ja den Holzkraftwerken Zukunft zu geben", erklärte heute Landwirtschaftskammer (LK) Österreich-Präsident **Josef Moosbrugger** im Vorfeld der Bundesrats-Entscheidung. * * * *

Klimapläne: Bundesländer betroffen

"Seit Jahren wird um den Fortbestand der Holzkraftwerke in Österreich gerungen. Wenn jedoch die nun vorliegende Übergangslösung für die Holzkraftwerke durch den Bundesrat blockiert wird, laufen die Einspeiseverträge aus und die betroffenen Anlagen müssen zusperrern. Dabei sind Ökostrom und Fernwärme aus Holzkraftwerken essenziell für die Energie- und Klimapläne der Bundesländer. Alle Länder haben in ihren Landtagen ambitionierte Energie- und Klimapläne beschlossen, für die eine optimale Nutzung aller erneuerbaren Energieträger unerlässlich ist. Der Ökostrom und die Fernwärme aus Holzkraftwerken sind in jedem Bundesland, vom Burgenland bis Vorarlberg, für die Erfüllung der Energieziele unverzichtbar. Daher sollte in der Länderkammer, die der Bundesrat ja ist, auch auf die Bedürfnisse der Bundesländer geachtet werden", so Moosbrugger.

Sinkende Beiträge, keine neuen Kosten

"Fossile Energie ist in der Regel nur deshalb konkurrenzfähig, weil all jene Kosten, die durch den von ihr verursachten Klimawandel entstehen, nicht im Preis enthalten sind, sondern der Gesellschaft aufgebürdet werden. Kostenwahrheit sieht ganz anders aus. Diese gibt es bei Anlagen aus nachwachsenden Rohstoffen. Und dennoch führt der Weiterbetrieb der voll funktionsfähigen bestehenden Anlagen aus zwei Gründen zu keiner neuen Kostenbelastung für die Stromkonsumenten. Einerseits werden nämlich die Nachfolgetarife gegenüber den derzeit geltenden Einspeisetarifen etwas niedriger angesetzt, und andererseits sind die Strommarktpreise gestiegen. Daher sinkt der Förderbedarf für den Ökostrom, der in das öffentliche Stromnetz eingespeist wird. Aus diesem Grund gehen die Ökostromförderbeiträge heuer und in den nächsten Jahren zurück", argumentierte Moosbrugger und stellte weiter fest: "Noch dazu sollen am Donnerstag mit der Gesetzesreparatur die einkommensschwachen Haushalte komplett von den Ökostrombeiträgen befreit werden. Das alles zusammen gibt es aber nur bei einer breiten Zustimmung der Bundesräte."

Ökostromtarife per Verordnung festgelegt

"Jüngst erhobene Vorwürfe bezüglich Intransparenz der Gesetzesnovelle sind nicht nachvollziehbar. Alle Ökostromtarife, auch jene für Windkraft, Photovoltaik und Kleinwasserkraft, wurden per Verordnung durch die jeweils zuständigen Minister festgelegt und stehen nicht im Gesetzestext. Für die verordneten Tarifhöhen gelten ohnehin strenge Förderrichtlinien, die eine Überförderung oder Doppelförderungen ausschließen. Daran muss sich auch die Nachhaltigkeitsministerin halten, von einem 'Blankoscheck' kann also keine Rede sein", unterstrich Moosbrugger.

Für Ökostrom, gegen Atomstrom

"Holzkraftwerke sind über ganz Österreich verteilt und schaffen überall regionale Wertschöpfung und nachhaltige Arbeitsplätze. Es darf nicht sein, dass wegen eines kurzfristigen politischen Kalküls im Bundesrat gegen die Interessen der Bundesländer und ihrer Bürgerinnen und Bürger entschieden wird. Die Bevölkerung spricht sich ganz klar für Ökostrom und ebenso klar gegen Atomstrom aus. Es braucht jetzt eine mutige Entscheidung für die Menschen in jedem Bundesland", stellte der LK-Präsident fest. (Schluss) - APA OTS 2019-02-12/11:09

Zulassung von Pflanzenschutzmitteln: Studien müssen veröffentlicht werden

EU-Parlament, Kommission und Europäischer Rat einigten sich im Trilog

Brüssel, 12. Februar 2019 (aiz.info). - Das Europaparlament, der Ministerrat und die EU-Kommission verständigten sich im Trilog auf eine größere Transparenz bei der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln. Demnach müssen Hersteller von Pflanzenschutzmitteln zukünftig Einsicht in ihre Studien gewähren, in denen die Gesundheits- und Umweltrisiken der Wirkstoffe untersucht wurden. Ist ein Antrag auf Zulassung angenommen, wird die Europäische Lebensmittelbehörde (EFSA) die Studien veröffentlichen. Allerdings kann der Antragsteller auf Ausnahmen von der Veröffentlichung bestehen, wenn dies Firmengeheimnisse berührt und die Einsicht von Wettbewerbern dem Antragsteller schaden könnte. Die EFSA wird den geheim gehaltenen Teil der Studien prüfen und entscheiden, ob er der Öffentlichkeit wirklich vorenthalten werden muss. * * * *

"Wir haben den Ruf nach mehr Transparenz verstanden", erklärte EU-Gesundheitskommissar **Vytenis Andriukaitis** und bezieht sich auf Forderungen der europäischen Bürgerinitiative gegen die Wiedezulassung von Glyphosat. Die Studien müssten nun zu einem frühen Zeitpunkt im Zulassungsprozess veröffentlicht werden, hob Andriukaitis hervor. Vor allem der Zeitpunkt der Veröffentlichung hatte im Europaparlament für Streit gesorgt.

Die deutsche EU-Abgeordnete und Berichterstatterin Renate Sommer (CDU) setzte sich dafür ein, dass die Studien erst dann veröffentlicht werden, wenn der Wirkstoff auch zugelassen ist. Sommer konnte sich aber gegen eine Mehrheit im EU-Parlament nicht durchsetzen, die für eine Veröffentlichung gleich mit der Antragstellung plädierte. Sie trat daraufhin als Berichterstatterin zurück.

Die EU-Kommission hatte im April 2018 einen Vorschlag zu mehr Transparenz im allgemeinen Lebensmittelrecht der EU vorgelegt, der neben der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln auch gentechnisch veränderte Organismen und Futtermittelzusatzstoffe betrifft. Innerhalb von weniger als einem Jahr konnten sich Parlament, Rat und Kommission einigen. (Schluss) mö

Biolandwirtschaft und -lebensmittelabsatz setzen dynamische Entwicklung fort

Flächensteigerung 2018 um 17.000 ha - 9% der Frischeprodukte im LEH sind bio

Wien, 12. Februar 2019 (aiz.info). - Anlässlich der BIOFACH, der Weltleitmesse für ökologische Lebensmittel, die von 13. bis 16. Februar 2019 in Nürnberg stattfindet, präsentierten Bio Austria und AMA-Marketing heute bei einer Pressekonferenz in Wien die aktuellen Zahlen zur biologischen Landwirtschaft in Österreich und zur Vermarktung ihrer Produkte im In- und Ausland. "Die Zahlen belegen die dynamische Entwicklung des Sektors und zeigen auf, dass Bio in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist", betonten **Gertraud Grabmann**, Obfrau des Verbandes Bio Austria, und **Michael Blass**, Geschäftsführer der AMA-Marketing. * * * *

Aktuell gibt es rund 23.500 Biobetriebe (21,3% aller Bauernhöfe) im Land, die zusammen ein Viertel der agrarisch genutzten Fläche Österreichs bewirtschaften. Der Flächenzuwachs betrug 2018 knapp 17.000 ha. Spitzenreiter unter den Bundesländern ist Salzburg mit 58,5% Biofläche, gefolgt vom Burgenland (33,8%, +7,9% gegenüber 2017), Wien (32,3%, +9,4%) und Niederösterreich (21,5%, +4,7%). Die meisten Biobetriebe gibt es ebenfalls in Salzburg (48%), vor Wien (27%) und dem Burgenland (24%). Die höchsten Zuwächse von 2017 auf 2018 verzeichnete die Bundeshauptstadt mit 14%, vor dem Burgenland (+5%) und Niederösterreich (3%).

Im Inland in der Gastronomie forcieren - Im Export wird Differenzierung immer wichtiger

Ebenso werfen die aktuellen Zahlen von Eurostat zur Biolandwirtschaft in der EU ein positives Schlaglicht auf Österreich, das 5% der ökologisch bewirtschafteten Fläche der Union aufweist und damit Spitzenreiter unter den Mitgliedstaaten ist. Allerdings weiten viele von ihnen ihre Bioproduktion ebenfalls aus - +25% Flächensteigerung in der EU von 2012 bis 2017 -, zudem befinden sich noch große Flächenanteile in der Umstellungsphase. "Das wird Auswirkungen auf den österreichischen Biomarkt haben", weiß Grabmann und sieht vor allem in der Gastronomie noch "viel Luft nach oben",

denn dieser Sektor verwerte weniger Bio als Privathaushalte. Was die Außer-Haus-Verpflegung betrifft, sieht sie Bund und Länder in der Pflicht, in der Gastronomie hingegen sei eine "aktive Nachfrage" der Gäste notwendig, um den Anteil zu erhöhen. Die Kampagne der Landwirtschaftskammern zur Herkunftskennzeichnung für österreichische Lebensmittel sei ebenfalls eine Möglichkeit, Bio zu forcieren.

Im Export, wohin etwa 50% der Biolebensmittel aus Österreich gehen, sei die Erschließung neuer Märkte wichtig, so die Obfrau. Neue Hoffnungsmärkte sind Japan und die Golfregion. Hier wird der Verband heuer bei Lebensmittelmesse in Tokio und Dubai vertreten sein. "Die große Konkurrenz aus anderen Ländern macht eine Differenzierung über die Qualität immer bedeutsamer", merkte Grabmann an. "Privatrechtliche Standards, wie unsere Bio Austria-Auflagen, liegen über den gesetzlichen Vorgaben der EU-Bio-Verordnung. Damit heben sich die Produkte der österreichischen Biobäuerinnen und -bauern qualitativ von anderen ab. Darauf müssen wir bei der Vermarktung setzen", unterstrich die Obfrau.

9% Bioanteil im Lebensmitteleinzelhandel (LEH)

Dass Biolebensmittel ungebrochen hoch in der Gunst der österreichischen Verbraucher stehen, beweisen die Zahlen der RollAMA, wonach knapp 9% der Frischeprodukte im LEH in Bioqualität gekauft werden. Österreich wird damit innerhalb Europas nur von Bio-Großnationen wie Dänemark und Schweden sowie der Schweiz übertroffen, informiert Michael Blass. 2018 stieg die Menge der abgesetzten Biolebensmittel um 7,4%, ihr Wert um 6,7%. In den vergangenen sechs Jahren hat sich der Umsatz dieser Waren um 50% erhöht. "Damit wächst der Biomarkt stärker als jener für konventionelle Produkte (+10,4%)", so Blass.

Fast jeder österreichische Bürger greift mindestens einmal pro Jahr zu ökologisch erzeugten Nahrungsmitteln - sowohl die Häufigkeit als auch die Menge steigen kontinuierlich. Pro Haushalt werden 148 Euro im Jahr dafür ausgegeben. Die umsatzstärksten Warengruppen sind ESL-Milch und Eier, an dritter Stelle steht Schnittkäse. Bei den Top-Sortimenten konnten von 2017 auf 2018 fast alle wertmäßig zulegen. Bei Frischmilch ist nun ein Rückgang zugunsten der länger frischen ESL-Milch festzustellen. Unterdurchschnittlich fällt der Anteil weiterhin bei Fleisch und Fleischwaren aus. "Hier ist Wachstumspotenzial vorhanden", meint der AMA-Geschäftsführer. Allerdings sei eine Trendumkehr schwierig zu bewerkstelligen.

Wichtigste Einkaufsquelle für Biolebensmittel in Österreich ist der klassische LEH, wo jedes zweite ökologische Produkt erworben wird. Diskonter und bäuerliche Direktvermarkter reihen sich dahinter.

Jeder Zweite kennt das AMA-Biosiegel

Eine positive Entwicklung ist laut Blass auch beim Bekanntheitsgrad der offiziellen Biozeichen zu verzeichnen. Das EU-Bio-Logo, das auf jedem verpackten ökologischen Lebensmittel innerhalb der EU angebracht sein muss, kennt ein Drittel der Befragten, das AMA-Biosiegel jeder zweite. Das AMA-Biosiegel ist ein Gütesiegel für biologische Lebensmittel. Es kann zusätzlich zum EU-Bio-Logo angebracht sein, wenn bei der Produktion freiwillig höhere Qualitätsstandards eingehalten werden als laut EU-Bioverordnung gefordert. Darüber hinaus garantiert das rot-weiß-rote AMA-Biosiegel mit der Herkunftsangabe "AUSTRIA" den Ursprung der Rohstoffe aus sowie ihre Be- und Verarbeitung in Österreich.

Österreichische Biolebensmittel wegen Natürlichkeit und Qualität im Ausland geschätzt

Wertschätzung erfahren biologische Nahrungsmittel von österreichischen Erzeugern nicht nur am Heimmarkt, sondern ebenso im Export, wo sie laut **Barbara Köcher-Schultz**, Bioexpertin bei der AMA Marketing, "mit besonderer Natürlichkeit und hoher Qualität verbunden werden". Österreich exportiert eine breite Palette an ökologisch erzeugten Lebensmitteln, darunter Milchwaren, Käse, Schweine- und Rindfleisch, aber ebenso Obst, Gemüse, Eier und Getreide. Die Nachfrage nach Wein, Säften und Ölen in Bioqualität wächst ebenfalls. "Der Export ist ein wichtiges Standbein, zumal die großen Bioabsatzmärkte in Europa stark wachsen. So erzielen diese Produkte in Deutschland einen Umsatz von mehr als 10 Mrd. Euro, in Frankreich fast 8 Mrd. Euro", informierte Köcher-Schulz.

Daher sei für rot-weiß-rote Produzenten eine starke Präsenz bei der BIOFACH so wichtig. Insgesamt werden dort heuer 2.900 Aussteller ihre Erzeugnisse den erwarteten 50.000 Fachbesuchern präsentieren und damit die Trends der kommenden Jahre abbilden. Österreich als eines der Topländer unter den Ausstellern wird mit 119 Erzeugern vertreten sein. "Mit Bio haben wir die Spitze dieser Positionierung erreicht, dafür wird Österreich weltweit sehr geschätzt", weiß die Expertin. "Auch Russland, das künftig verstärkt in die ökologische Landwirtschaft einsteigen will, nimmt sich Österreich zum Vorbild für die positive Entwicklung des Biosektors." (Schluss) wol

Köstinger gibt Startschuss für die österreichische Wärmestrategie

Energiebedarf drastisch senken und Versorgung auf Erneuerbare umstellen

Wien, 12. Februar 2019 (aiz.info). - Heute ist im Kuppelsaal der Technischen Universität Wien der Startschuss für den Beteiligungsprozess zur Erarbeitung der "Österreichischen Wärmestrategie" gefallen, mit dem das Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus (BMNT) gemeinsam mit rund 200 Stakeholdern aus Wirtschaft, Interessenvertretungen und Konsumentenschutz ein umfassendes Maßnahmenpaket erarbeiten will. Langfristig soll mit diesem Vorhaben die völlige Dekarbonisierung des heimischen Wärmemarktes erreicht werden. "Die österreichische Wärmestrategie soll Investitionen in die erneuerbare Wärmezeugung auslösen. Das Interesse an der Veranstaltung ist entsprechend groß", freut sich Ressortleiterin **Elisabeth Köstinger**. * * * *

Ziel der Strategie ist es, den Wärmebedarf in Gebäuden und für Produktionsprozesse zu senken. Bis 2030 soll etwa die Sanierungsrate auf durchschnittlich 2% angehoben werden - ein wichtiges Ziel der österreichischen Klima- und Energiestrategie #Mission2030. Weiters sollen Heiz- und Kühlsysteme auf erneuerbare Energiequellen oder hocheffiziente Fernwärme umgestellt werden. Das bedeutet insbesondere den raschen Austausch der rund 700.000 fossilen Ölheizungen durch innovative Energiesysteme. "Mit dem 'Raus aus dem Öl'-Bonus, mit dem man sich 5.000 Euro für den Umstieg von einem Ölkessel auf ein alternatives Heizsystem holen kann, konnten wir bereits wichtige Anreize schaffen. Nun geht es darum, den Umstieg raus aus fossilen Energieträgern langfristig voranzutreiben", so Köstinger.

Biomasseanlagen: Unverzichtbar für den Umstieg auf erneuerbare Wärmegegewinnung

Alle erforderlichen Technologien für einen Umstieg zur erneuerbaren Wärmeerzeugung stehen in Österreich schon marktreif zur Verfügung, allen voran hocheffiziente Biomasse-Heizsysteme, Wärmepumpen und Fernwärmeanschlüsse sowie Technologien zur Nutzung von Sonnenenergie. "Biomasseanlagen versorgen rund 600.000 heimische Haushalte mit erneuerbarem Strom und ersetzen mit erneuerbarer Wärme etwa 200.000 Heizölanlagen. Ich hoffe, dass die SPÖ hier der Erreichung unserer Klimaziele nicht aus parteipolitischen Kalkül im Weg steht", so Köstinger zur aktuellen Debatte rund um die Ökostromnovelle, die am 14. Februar im Bundesrat beschlossen werden soll.

Output des Prozesses zur Wärmestrategie wird ein Entwurf für einen Aktionsplan "Nachhaltige Wärme" sein. Die Fertigstellung ist für den Herbst vorgesehen. Die Umsetzung ist neben ihrer Relevanz für den Klimaschutz auch ökonomisch von höchster Bedeutung für Österreich. Die Maßnahmen der Wärmestrategie sollen einen erheblichen Investitionsschub auslösen, der aufgrund der hohen heimischen Wertschöpfung zu einer wichtigen Konjunktur- und Arbeitsmarktstütze werden wird. Die Realisierung der Dekarbonisierung im Wärmemarkt ist damit sowohl eine Herausforderung als auch eine große Chance. (Schluss)

EU-Parlamentarier kritisieren Ausnahmen für Neonicotinoide

Bericht für nachhaltigen Pflanzenschutz verabschiedet

Brüssel, 12. Februar 2019 (aiz.info). - Neonicotinoide sind in der EU verboten. Trotzdem werden sie von den EU-Mitgliedstaaten über eine Ausnahmeregelung weiterhin zugelassen. Das Europaparlament will dieser Vorgangsweise einen Riegel verschieben und ruft in einem Bericht zu einem kritischeren Umgang mit Pflanzenschutzmitteln auf. Die EU-Kommission sollte EU-Mitgliedstaaten verklagen, die Ausnahmeregelungen für Neonicotinoide missbräuchlich nutzten, heißt es in dem mit 546 Stimmen, 76 Gegenstimmen und 39 Enthaltungen verabschiedeten Bericht. "Ausnahmen müssen Ausnahmen bleiben", beteuerte EU-Gesundheitskommissar **Vytenis Andriukaitis**. Die EU-Kommission erwarte von den EU-Mitgliedstaaten eine überzeugende Begründung für die Ausnahmegenehmigungen von Neonicotinoiden. Aber die Möglichkeit der Ausnahme stünde im Gesetz, erklärte Andriukaitis den Abgeordneten. Es gebe in 20 EU-Ländern Ausnahmen für Neonicotinoide zeigte der deutsche EU-Parlamentarier **Karl-Heinz Florenz** (CDU) auf. Das führe zu unerträglichen Wettbewerbsunterschieden zwischen den Landwirten in der EU, beklagte der Abgeordnete vom Niederrhein. * * * *

In seinem Bericht zur Umsetzung der EU-Richtlinie über die nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln sieht das Europaparlament vor allem Defizite. Die meisten EU-Mitgliedstaaten hätten noch keine nationalen Aktionspläne zur Verminderung des Einsatzes und zur Förderung des integrierten Pflanzenschutzes geliefert. Auch hier fordert das EU-Parlament Vertragsverletzungsverfahren gegen säumige EU-Mitgliedstaaten. Außerdem sollten die nationalen Aktionspläne mit messbaren Reduktionszielen versehen werden. In der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik sollte der integrierte Pflanzenschutz zu den Grundanforderungen an die Betriebsführung gehören und der biologische Landbau stärker gefördert werden. Weiterhin fordern die EU-Abgeordneten, dass Pflanzenschutzmittel mit geringem Risiko schneller zugelassen werden sollten. Mittel, die Schäden im Hormonsystem verursachen, sollten dagegen grundsätzlich verboten werden, heißt es in dem Bericht.

Der gemeinsame Bericht täuscht dennoch über unterschiedliche Ansichten unter den Abgeordneten hinweg. Ein Teil von ihnen fordert einen möglichst raschen Ausstieg aus dem chemischen Pflanzenschutz. "Wir steuern auf eine ökologische Katastrophe zu, die nicht mit der Präzisionslandwirtschaft, sondern nur mit einem Ausstieg zu bewältigen ist", warnte **Martin Häusling** von den Grünen aus Deutschland". Ein anderer Teil der Europaparlamentarier hält chemische Pflanzenschutzmittel für unverzichtbar, um die Nahrung sicherzustellen und konventionellen Landwirten ein ausreichendes Einkommen zu ermöglichen. Um dem Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu vermindern, setzten diese Abgeordneten auf bessere Ausbringungsmethoden, neue Wirkstoffe sowie eine gute Ausbildung der Landwirte. (Schluss) mö

Deutscher Agrarökonom Schmitz: Fleischverzicht rettet keinen Regenwald

Laut Studie hat fleischlose Ernährung gravierende Wohlfahrtsverluste zur Folge

Gießen, 12. Februar 2019 (aiz.info). - Inwieweit haben das Ernährungsverhalten der Deutschen und nationale Verschärfungen der Tierschutz- und Umweltstandards positive Auswirkungen auf Wirtschaft, Umwelt und Welternährung im globalen Kontext, lautet das Thema einer neuen Studie des Instituts für Agribusiness der Universität Gießen (Deutschland) mit dem Ergebnis: "Eine rein pflanzliche Ernährung kann mit Blick auf Umwelt, Klima und Welternährung nicht halten, was Kritiker der Nutztierhaltung versprechen". "Ein Fleischverzicht in Deutschland rettet keinen Regenwald", sagt **P. Michael Schmitz**, Agrarökonom und Autor der Studie, laut einer Mitteilung des Zentralverbandes der Deutschen Geflügelwirtschaft (ZDG). Für nationale Alleingänge beziffert die Studie laut ZDG erheblich negative ökonomische Auswirkungen: So hätte ein Fleischverzicht von 50% Wohlfahrtsverluste von 7,8 Mrd. Euro zur Folge. "Fleischverzicht ist ein ungeeignetes Mittel der Politik. Eine staatliche Konsum- und Produktionslenkung sollte unterlassen werden", sagte Schmitz mit Blick auf Forderungen nach "Veggie-Days". * * * *

Die Studie untersucht demnach die Kosten und Nutzen einer rein pflanzlichen Ernährung im globalen Kontext mit dem Ziel, Antworten darauf zu finden, wie die Politik auf Problembereiche mit wirksamen und effizienten Maßnahmen reagieren sollte. Zu den untersuchten Problemfeldern zählten die Unterernährung in armen Ländern, die Klimabelastung, der Land- und Wasserverbrauch sowie die Nährstoffverluste der tierischen Produktion. Im Vordergrund stehen laut ZDG drei von den Kritikern der Nutztierproduktion erhobene Forderungen: Dazu zählen Fleischverzicht, die Verschärfung tierschutzbezogener Standards und ein Importverbot für Sojafuttermittel.

Die Studie kommt den weiteren Angaben zufolge zu dem Ergebnis, dass Fleischverzicht, Kostenanstieg und Sojaimportverbot zu Milliardenverlusten für die Erzeuger und die Volkswirtschaft insgesamt führen. Zugespitzt gelte dies, wenn Deutschland Maßnahmen im nationalen Alleingang und nicht EU-einheitlich umsetze. Mit der Politik geht Schmitz laut Dow Jones News dabei hart ins Gericht: "Die bisher verfolgten Politikkonzepte schwächen die Wettbewerbsfähigkeit der Nutztierbranche. Marktanteile und Arbeitsplätze in der Agrarwirtschaft Deutschlands drohen verloren zu gehen, ohne einen wirksamen Beitrag zu Umwelt-, Klima- und Tierschutz beziehungsweise zur Hungerbekämpfung leisten zu können."

Die vollständige Studie kann auf aiz.info heruntergeladen werden. (Schluss)

EU-Kommission startet Online-Befragung zu Biodiesel aus Palmöl

Ergebnisse fließen in delegierten Rechtsakt zur Zertifizierung von Biokraftstoffen ein

Brüssel, 12. Februar 2019 (aiz.info). - Die Nachhaltigkeit von Biodiesel aus Palmöl ist umstritten. Schließlich werden zunehmende Palmölimporte der EU mit der Rodung des Regenwaldes in Indonesien und Malaysia in Zusammenhang gebracht. Jetzt holt die EU-Kommission zunächst Meinungen in der Öffentlichkeit ein, bevor sie die Nachhaltigkeit von Palmöldiesel regelt. Kommentare zu den Palmölimporten und deren Verarbeitung zu Biodiesel können vom 8. Februar bis zum 8. März 2019 im Internet unter der Web-Adresse https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/initiatives/ares-2019-762855_en abgegeben werden. Anschließend will die EU-Kommission ihren delegierten Rechtsakt zur Zertifizierung von Biokraftstoffen mit indirektem Landnutzungsänderungsrisiko (ILUC) vorlegen. * * * *

Die Menge an Biodiesel aus Palmöl soll eigentlich auf dem Niveau von 2019 eingefroren werden. Allerdings will die EU-Kommission Ausnahmen einräumen, um Auseinandersetzungen mit den Lieferländern Indonesien und Malaysia zu vermeiden. In ihrem Entwurf macht die EU-Kommission Ausnahmen für Kleinbauern von der Mengenbegrenzung. Auch soll es eine Ausnahme für Palmöl geben, das auf bisher ungenutztem Agrarland erzeugt wurde. Dem europäischen Bauernverband COPA-COGECA geht das zu weit. Der Verband befürchtet zahlreiche Schlupflöcher für Palmölimporte. Billigbiodiesel aus Palmöl könnte dann dem Biodiesel aus heimischem Raps zu große Konkurrenz machen, warnt COPA. Die EU-Kommission muss ihren delegierten Rechtsakt zur Zertifizierung von Biokraftstoffen spätestens bis zum 14. März vorlegen, damit er noch vor den Europawahlen über die Bühne gebracht werden kann. (Schluss) mö

Anteil erneuerbarer Energien hat sich 2017 in der EU auf 17,5% erhöht

Österreich mit 32,6% auf Rang fünf - Elf Mitgliedstaaten erreichen Zielwerte für 2020

Luxemburg, 12. Februar 2019 (aiz.info). - Im Jahr 2017 hat sich der Anteil der Energie aus erneuerbaren Quellen am Bruttoendenergieverbrauch in der Europäischen Union (EU) auf 17,5% erhöht. Der Wert stieg damit um 0,5% gegenüber 2016 und war mehr als doppelt so hoch wie 2004 (8,5%), dem ersten Jahr, für das Daten verfügbar sind, teilte Eurostat, das statistische Amt der EU, heute mit. Österreich lag mit einem Anteil von 32,6% im Jahr 2017 an fünfter Stelle im EU-Länderranking. * * * *

An die Spitze setzte sich Schweden, wo der Anteil der Energie aus erneuerbaren Quellen am Bruttoendenergieverbrauch mehr als die Hälfte (54,5%) betrug. Es folgten Finnland (41,0%), Lettland (39,0%) und Dänemark (35,8%). Die niedrigsten Anteile erneuerbarer Energie wurden hingegen in Luxemburg (6,4%), den Niederlanden (6,6%) und Malta (7,2%) registriert.

Niederlande und Frankreich am weitesten von ihren Zielen entfernt

Der Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch ist einer der Leitindikatoren der Strategie Europa 2020. Die EU soll bis zum Jahr 2020 einen Anteil von 20% erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch erreichen und mindestens 32% bis 2030. Für jeden EU-Mitgliedstaat ist ein eigener Zielwert im Rahmen der Strategie Europa 2020 festgelegt. Die nationalen Zielwerte für die Mitgliedstaaten berücksichtigen deren unterschiedliche Ausgangssituation, das Potenzial im Bereich erneuerbarer Energien und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit.

Von den 28 EU-Mitgliedstaaten haben elf die für die Verwirklichung ihrer nationalen Ziele für 2020 erforderlichen Werte bereits erreicht: Bulgarien, Tschechien, Dänemark, Estland, Kroatien, Italien, Litauen, Ungarn, Rumänien, Finnland und Schweden. Darüber hinaus fehlen Österreich und Lettland etwa 1%, um ihre Ziele für 2020 zu erreichen. Im Gegensatz dazu sind die Niederlande 7,4% von ihrem nationalen Zielwert für 2020 entfernt, in Frankreich sind es 6,7%, in Irland 5,3%, im Vereinigten Königreich 4,8%, in Luxemburg 4,6%, in Polen 4,1% und in Belgien 3,9%. (Schluss)

Wechsel in der Chefredaktion der Österreichischen Bauernzeitung

Bernhard Weber folgt auf Christine Demuth

Wien, 12. Februar 2019 (OTS). - Bernhard Weber wird neuer Chefredakteur der Österreichischen Bauernzeitung, das haben die Eigentümer dieses Mediums einstimmig beschlossen. Weber folgt in dieser Funktion am 1. April 2019 Christine Demuth nach, die die Bundesredaktion der Bauernzeitung 18 Jahre geleitet hat und sich nunmehr in den Ruhestand verabschiedet. * * * *

Bernhard Peter Weber, geboren 1970 in Zwettl (NÖ), war seit 1998 Chefredakteur des Agrarmagazins "Blick ins Land". Der Absolvent der Agrarmittelschule "Francisco Josephinum" in Wieselburg (NÖ) begann seine journalistische Laufbahn 1990 als Landtechnik-Redakteur im Österreichischen Agrarverlag. Von 1991 bis 1994 war er Redakteur beim "Österreichischen Bauernbündler" (der heutigen Bauernzeitung) und danach beim Agrarpressedienst "aiz.info". Artikel und Reportagen von ihm erschienen unter anderem in den Medien "Ernährungsdienst", "Eilbote" und "Schweizer Bauer". Ab 2010 berichtete Weber als Österreich-Korrespondent für den Pressedienst "Agra Europe", seit 2001 ist er Österreichs Jurymitglied von "Tractor of the year" und seit Juni 2018 Vizepräsident des Verbandes der Agrarjournalisten in Österreich (VAÖ). 2007 wurde Weber der "Dr. Eduard Hartmann-Medienpreis" des VAÖ, die höchste Auszeichnung für Agrarjournalisten in Österreich, verliehen. Für den Absolventenverband FJ erstellt Weber seit 1998 die Verbandszeitung "Josephiner Nachrichten".

Die Herausgeber/-innen Klaudia Tanner, Maria Sauer, Franz Tonner, Peter Raggl und Georg Strasser danken Demuth für deren umsichtige und engagierte Tätigkeit, durch die es gelungen sei, die Österreichische Bauernzeitung als Leitmedium der heimischen Agrarmedien zu etablieren: "Christine Demuth hat der Bauernzeitung von Anfang an nicht nur ihren unverwechselbaren Stempel aufgedrückt, sondern stets für eine dynamische Weiterentwicklung sowohl im Print- als auch im Onlinebereich gesorgt. Dafür sprechen wir ihr unseren besonderen Dank aus. Wir freuen uns, dass wir mit Bernhard Weber einen hochkompetenten und im Agrarbereich bestens vernetzten Nachfolger

gewinnen konnten, der die gute Entwicklung der BauernZeitung fortsetzen und ihr darüber hinaus weitere Impulse verleihen wird."

Weber bedankt sich für das in ihn gesetzte Vertrauen: "Ich kann von Christine Demuth ein gut bestelltes Haus übernehmen und freue mich sehr auf die neue Aufgabe. Gemeinsam mit dem hervorragenden BauernZeitung-Team möchte ich den Leserinnen und Lesern die bestmöglichen Informationen bieten. Daher werden wir mit aller Kraft daran arbeiten, Gutes zu bewahren und neue Angebote zu entwickeln."

Die Österreichische BauernZeitung ist mit einer wöchentlichen Auflage von 120.150 Stück (einmal monatlich 149.650 Exemplare) Österreichs größte Wochenzeitung für die Land- und Forstwirtschaft und den ländlichen Raum. Laut jüngster market-Umfrage lesen mehr als zwei Drittel der heimischen Bäuerinnen und Bauern diese Zeitung - damit ist sie bundesweit die Nummer eins. Weiters ist die BauernZeitung mit Abstand die Hauptinformationsquelle der österreichischen Bäuerinnen und Bauern. (Schluss) - APA OTS 2019-02-12/16:01

Kartoffelmarkt: Ware wird von Produzenten weiterhin kontinuierlich angeliefert

Absatz im Inland konstant - Erzeugerpreise bleiben unverändert

Wien, 12. Februar 2019 (aiz.info). - Die Rahmenbedingungen für die Vermarktung von Speisekartoffeln bleiben im Inland weiterhin ohne gravierende Änderungen. Die Ware wird von den Produzenten weiterhin kontinuierlich angeliefert. Bei der Paketierung machen weiterhin die sehr hohen Absortierungsanteile Probleme. Dass die Kartoffelqualität am Lager heuer besonders schnell abnimmt, wird einerseits auf die Trockenheit während der gesamten Vegetationsperiode und andererseits auf die mangelnde Verfügbarkeit von Pflanzenschutzmitteln zurückgeführt. * * * *

Die Absatzaktivitäten im Inland laufen auf konstantem Niveau. Exporte finden aufgrund der schon geringen Lagermengen kaum statt. Bereits in wenigen Wochen dürften heimische Kartoffeln bei den ersten Händlern ausverkauft sein. Die Erzeugerpreise bleiben auf den erreichten Niveaus stabil. In Niederösterreich werden Speisekartoffeln weiterhin meist um 25 Euro/100 kg übernommen. Für drahtwurmfreie, kleinpäckungsfähige Premiumware mit AMA-Gütesiegel sind bis zu 30 Euro zu erzielen. In Oberösterreich wurden zuletzt unverändert bis zu 27 Euro/100 kg bezahlt.

Am deutschen Speisekartoffelmarkt sind die Erlöse weiter leicht gestiegen. Die Akzeptanz dieser Preise rührt vor allem aus dem geringen verfügbaren Angebot. So ist auch der Kartoffelmarkt der BRD nach der 2018 kleinen Ernte bereits gut geräumt. Bei den verbleibenden Mengen machen sich nun ebenfalls vermehrt Lagerprobleme wie Druckstellen bemerkbar. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes lagerten zum Jahresende in deutschen Kartoffellagern um 1,5 Mio. t oder 35% weniger als im Jahr zuvor. Zwar wurde 2017 eine Rekordernte eingefahren, aber auch gegenüber einem Durchschnittsjahr fehlen zwischen 800.000 und 900.000 t an Lagermengen. Es wird daher erwartet, dass in den nächsten Monaten verstärkt Frühkartoffeln aus dem Mittelmeerraum und alterntige Ware aus Frankreich importiert werden. Die Erzeugerpreise sind stabil bis steigend. In der Vorwoche wurden im Bundesdurchschnitt meist 30 bis 31,50 Euro/100 kg bezahlt. (Schluss)

Gahr zur Wolfsproblematik: Europa muss Weichen für eine Lösung stellen

Leidtragende sind Berg- und Almwirtschaft sowie Tourismus

Wien, 12. Februar 2019 (aiz.info). - Im Rahmen des parlamentarischen Ausschusses für Petitionen und Bürgerinitiativen werden morgen bei einem Hearing gleich drei Wolf-Petitionen aus Tirol, Salzburg und Niederösterreich behandelt. Der Tiroler Nationalratsabgeordnete **Hermann Gahr** spricht sich dabei für rechtliche Möglichkeiten zur Entnahme von Problemwölfen aus und sieht hier die Europäische Kommission gefordert, endlich praktikable Antworten zu liefern. * * * *

Wolfsfreie Zonen notwendig

"Es ist dringend notwendig, dass wir den Schutzstatus des Wolfes senken. Dazu braucht es eine europaweite Lösung mit nationalem Spielraum. Die Gesellschaft unterschätzt großteils die Gefahren, welche die Rückkehr der Wölfe mit sich bringt. Gerade in intensiv landwirtschaftlich und touristisch genutzten Gebieten brauchen wir wolfsfreie Zonen. Diese Gebiete dürfen wir nicht nach einzelnen Ländern betrachten, sondern müssen sie gesamteuropäisch sehen. Es gibt genügend Gegenden in Europa, die dünn besiedelt sind, dort können Wölfe leben. Doch in Österreich gibt es kaum Platz für die großen Beutegreifer", betont Gahr.

Er sieht die Problematik rund um die großen Beutegreifer auch als Thema für die kommende Europa-Wahl am 26. Mai. "Wir müssen dringend wolfsfreie Zonen definieren, um unsere Berg- und Almwirtschaft zu schützen. Wölfe sind keine gefährdete Tierart mehr, allein in Europa leben rund 30.000 Tiere. Deswegen ist es notwendig, den Bestand zu regulieren, wie es auch bei jeder anderen Wildart der Fall ist", erklärt der Tiroler Abgeordnete. In einigen deutschen Bundesländern gab es jetzt grünes Licht für die Entnahme einzelner Problemtiere. Gahr wünscht sich auch praktikable Lösungen für Österreich. Die Verunsicherung in der Landwirtschaft, der Jagd sowie im Tourismus sei sehr groß. "In Deutschland und Südtirol gibt es bereits massive Probleme mit diesem Raubtier. Viele Wölfe haben die Scheu vor dem Menschen verloren, deswegen nähern sie sich Siedlungen und Höfen", gibt Gahr zu bedenken.

Kommt der Wolf, stirbt die Almwirtschaft

"Eines muss uns allen klar sein, wenn die Wölfe dauerhaft Einzug auf unseren Almen halten, stirbt unsere Berg- und Almwirtschaft. Die heimischen Bäuerinnen und Bauern wollen nicht tatenlos zusehen, wie ihre Tiere gehetzt, gerissen und getötet werden", so Gahr. "In Südtirol verzichten schon zahlreiche Landwirte auf die Alpung, in Tirol denken viele darüber nach. Wenn die Almen nicht bewirtschaftet werden, stirbt auch der Tourismus, das muss uns bewusst sein. Wer soll die Steilhänge in Tirol sonst bewirtschaften oder mähen? Die einzige Lösung ist die Senkung des Schutzstatus des Wolfes", stellt Gahr fest. (Schluss)

Oberösterreichischer Agrarpreis 2019 ausgeschrieben

Gibt Innovationen und Erfolgsbeispielen im ländlichen Raum eine Bühne

Linz, 12. Februar 2019 (aiz.info). - Das Land Oberösterreich schreibt den 1991 vom damalige Agrarlandesrat Leopold Hofinger ins Leben gerufenen Agrarpreis nun zum zehnten Mal aus, mit dem umgesetzte Projekte und Ideen ausgezeichnet werden, die beispielhaft die Bereiche Innovation, Diversifizierung und Produktivität in den Vordergrund stellen. Die Projektpräsentationen sollen auch Anreiz und Beispiele für eine positive ländliche Entwicklung sein. * * * *

"Die Bäuerinnen und Bauern nehmen die nachhaltige Verantwortung für den eigenen Betrieb und für die gesamte Weiterentwicklung des ländlichen Raumes sehr ernst. Einkommenschancen, Wertschöpfungstiefe und der Gesamtblick auf unsere Lebensgrundlagen sind die entscheidenden Erfolgsfaktoren für das Agrarland Oberösterreich. Mit dem Agrarpreis 2019 wollen wir auf diese Erfolgsbeispiele hinweisen", erklärt der zuständige Landesrat **Max Hiegelsberger**.

Teilnahmeberechtigt sind Bäuerinnen und Bauern (mit Betriebsnummer und Hauptwohnsitz in Oberösterreich), agrarische Organisationen, Verbände, Institutionen, bäuerlich getragene Bildungsinitiativen und Landwirtschaftsschulen (jeweils mit Sitz in Oberösterreich) sowie oberösterreichische Öffentlichkeitsinitiativen für den ländlichen Raum.

Förderungspreise werden in den drei Kategorien Innovation und Marketing, Einkommensalternativen und Diversifizierung sowie Produktivität und besondere Produktionsmethoden verliehen. In jeder Kategorie werden drei Hauptpreise zu je 3.000 Euro, je ein 2. Preis dotiert mit 2.000 Euro, je ein 3. Preis mit 1.000 Euro und Anerkennungspreise zu je 500 Euro vergeben.

Die Preisträger werden über Vorschlag einer vom Land eingesetzten Fachjury von der Landesregierung festgelegt und am 14. Juni 2019 bei einer Festveranstaltung in den Linzer Redoutensälen vorgestellt.

Bewerbungen

Bewerbungen sind schriftlich mit dem ausgefüllten Formblatt und den entsprechenden Projektunterlagen und Bildern in der Fachabteilung Land- und Forstwirtschaft beim Amt der OÖ Landesregierung (Bahnhofplatz 1, 4021 Linz) möglich. Die Einreichfrist endet am 12. April 2019.

Die erforderlichen Formblätter sind im Internet abrufbar unter www.land-oberoesterreich.gv.at (Menüpunkt Service: Ausschreibungen und Wettbewerbe) oder www.dasbestefuersland.at. Außerdem können sie per E-Mail lfw.post@ooe.gv.at, per Telefon 0732/77 20-11 868 (Walter Silber), bei der Landwirtschaftskammer (LK) Oberösterreich (Telefon: 050/6902 0, E-Mail: office@lk-ooe.at), bei den Bezirksbauernkammern, den agrarischen Verbänden und Organisationen sowie bei den LEADER-Geschäftsstellen (www.leader.at) angefordert werden. (Schluss)

Ukraine produzierte 2018/19 weniger Zucker

Rückgang um 15%

Kiew, 12. Februar 2019 (aiz.info). - In der Ukraine sind 2018/19 etwa 1,82 Mio. t Weißzucker hergestellt worden und damit um 15% weniger als im Wirtschaftsjahr davor, gab die Branchenvereinigung Ukrzukur in der vergangenen Woche bekannt. Das dürfte für die Versorgung des Binnenmarktes und die Einhaltung der Exportverpflichtungen reichen. An der Kampagne waren 42 Zuckerfabriken beteiligt, die insgesamt etwa 13,6 Mio. t Zuckerrüben verarbeitet haben. Als Ursachen für den Produktionsrückgang führte eine Ukrzukur-Expertin die Verkleinerung der Anbaufläche bei Zuckerrüben sowie niedrigere Qualitäten der Ernte 2018 an. (Schluss) pom